

Länder Spiegel



Bremen
Karlheinz Koke



Hamburg
Barbara Riekmann



Niedersachsen
Raimund Oehlmann



Nordrhein-Westfalen
Rainer Dahlhaus



Schleswig-Holstein
Dieter Zielinski



Schleswig-Holstein
Thorsten Muschinski

Corona prägt auch die Arbeit der GGG in den Ländern. So ist es kein Wunder, wenn in diesem Heft nicht alle Länder Beiträge liefern, die Krise beansprucht alle doch sehr.

Zu erkennen ist aber, dass auch in dieser Zeit GGG und Elternvertretungen sich aktiv ins politische Geschehen einmischen – und das nicht nur, wenn es um die Bewältigung der derzeitigen Situation geht, sondern auch, um die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens aktuell wie perspektivisch zu stärken und die Schule für alle voran zu bringen.

Bremen

Karlheinz Koke

Oberschulen / Gesamtschulen können sich behaupten

Das Verhältnis zwischen Oberschulen/ Gesamtschulen auf der einen Seite und den Gymnasien auf der anderen ist bei den Anwahlen der 5. Klassen für das kommende Schuljahr wie in den Vorjahren ohne große Schwankungen vonstatten gegangen. So lieferten sich die Gesamtschule Ost (182 Anwahlen) und das Gymnasium Horn (181 Anwahlen) ein Kopf-an-Kopf-Rennen wie all die Jahre vorher. Wichtig für die Bremer Schullandschaft ist auf jeden Fall, dass sich die Oberschulen / Gesamtschulen weiterhin behaupten konnten, so dass der Ruf nach weiteren Gymnasien schulpolitisch keine Durchschlagskraft entfalten kann.

Ressourcen für den Bildungsbereich deutlich erhöht

Im Bildungswesen hat Bremen für den Haushalt 2020 Prioritäten gesetzt und die Ausgaben um gut 22% erhöht. Das entspricht einer Erhöhung um 206 Mio. auf 1,154 Mio. EUR. Damit vollzieht Bremen im Bildungsbereich 2020 eine bemerkenswerte Ausgabensteigerung. Ebenfalls für Bremerhaven sind die Zuwendungen im Bildungsbereich gestiegen. Besonders die Zahl der Lehrerstellen an den Oberschulen / Gesamtschulen wird in beiden Städten erhöht, was notwendig wurde, um die wachsende Zahl der Schüler zu bewältigen. Neu eingestellte Lehrer sollen nach dem Willen der Behörde an den Schulen eingesetzt werden, wo ein Bedarf an Fachkräften besonders hoch ist.

Ebenfalls kommt dem Schulbau und den Sanierungen maroder Schulen die Steigerung der Haushaltsmittel zugute. Auch die Digitalisierung soll davon profitieren.

Präsenzunterricht und schul-eigener Gestaltungsspielraum

Im neuen Schuljahr soll vor allem der Präsenzunterricht dominierend sein, was den Regelbetrieb als Hauptform des Unterrichts einschließt. Daneben gelten das Lernen zu Hause (Distanzunterricht), Förderangebote für bestimmte Schülergruppen und spezielle Betreuung von Schülern in der Schule, die Defizite in der Pandemie angehäuft haben, so die Behörde. Die Schulen haben aber auch einen eigenen Gestaltungsspielraum, den sie entsprechend nutzen können.

ggg-web.de/hb-service/hb-downloads/category/233?download=1431

Hamburg

Barbara Riekmann

Schulstart in Corona Zeiten

Hamburg startete Anfang August 2020 mit allen Schülerinnen und Schülern ins neue (Corona-) Schuljahr. Ein „vollwertiger Unterricht nach Stundentafel“ sollte den „Regelbetrieb“ sicherstellen. Umfangreiche Hygienevorschriften und Vorgaben mussten von den Schulen kurzfristig umgesetzt werden. An die Stelle eines generellen Abstandsgebots zwischen allen Schüler*innen trat das Kohorten- beziehungsweise Jahrgangsprinzip, wonach Schüler*innen derselben Jahrgangsstufe beziehungsweise Kohorte (beispielsweise

auch feste jahrgangsübergreifende Gruppierungen) untereinander den Mindestabstand nicht einhalten müssen, wohl aber auf den Fluren und Pausenhöfen der Schule. Hamburg begab sich damit auf einen Weg, den mehrere Bundesländer zu diesem Zeitpunkt ebenfalls beschritten. Auch wenn der Anfang naturgemäß ein wenig holprig ausfiel und der vollständige Regelbetrieb durchaus von Eltern kritisch gesehen wurde, dominierte doch bei allen der Wille zu einer (neuen) Normalität zu kommen, zu einer Schule zurückzukehren, die persönliche Begegnung und soziales Leben ermöglicht.

Dass ausgerechnet in diesen für alle strapaziösen Corona-Zeiten wie bisher über 700 Schülerinnen und Schüler von den Gymnasien zu den Stadtteilschulen wechseln mussten, wirft ein Schlaglicht auf die schulpolitischen Prioritätensetzungen. Jede dritte der insgesamt 58 Stadtteilschulen musste neue 7. Klassen einrichten, alle mussten neue Schüler*innen in ihren 7. Jahrgang integrieren. Es hätte anders gehen können, der politische Wille hierfür jedoch war nicht vorhanden.

GGG Hamburg – aktiv auch in der Krise

Mit drei Pressemitteilungen hat die GGG Hamburg auf problematische Schwerpunktsetzungen des Senats aufmerksam gemacht. In Kurzform:

- Wir kritisieren die zu starke Fixierung auf die Kernfächer. Wir meinen, dass gerade in Zeiten der Pandemie ganzheitliche Bildung und die Schule als sozialer Ort in den Fokus rücken müssen.

- Für die Organisation des Fernunterrichts und der hybriden Angebote sollte oberster Maßstab sein, dass Schüler*innen mit wenig sozialem und familiärem „Rückenwind“ wirklich erreicht werden, dass technisches Knowhow gestellt wird und auch Räumlichkeiten und Materialien innerhalb der Schule von ihnen genutzt werden können.
- Wir regen an, dass andere, der jeweiligen Situation angemessene Formen der Leistungsrückmeldung zum Einsatz kommen, wie (dialogische) Lernberichte statt Ziffernzeugnisse.
- Prüfungen zum ersten und mittleren Abschluss sollten abgeschafft, zumindest „abgespeckt“ werden, um Personalressourcen für die jetzigen Herausforderungen zu bündeln.
- Wir empfehlen, dass die Gymnasien die von ihnen einmal aufgenommenen Schüler*innen behalten und für die Verminderung ihrer „Abschulungsquote“ Ressourcen zur Förderung erhalten.
- Wir vertreten die Auffassung, dass klare Vorgaben rechtzeitig erfolgen und so beschaffen sein müssen, dass sie Spielräume für gute Lösungen vor Ort ermöglichen.

Erste Covid-19- Fälle an Hamburger Schulen

Man darf gespannt sein, wie es weitergeht. Derzeit steigen die Infektionszahlen bundesweit und auch in Hamburg wieder

merklich. Keiner wünscht sich eine Abkehr vom Präsenzunterricht. Seit Schuljahresbeginn arbeitet die Behörde aber nunmehr an einem Plan B.

Wir fordern, dass für den Fall der Rückkehr zum hybriden Fern- und Präsenzunterricht und auch für den Fall lokaler oder regionaler Schulschließungen Szenarien entwickelt werden, die praxistauglich sind. Sie sollten sich vorrangig daran ausrichten, dass sie Kindern aus bildungsbenachteiligten Schichten besonders nützen.

ggg-web.de/hh-service/hh-downloads/category/234?download=1432

Niedersachsen

Raimund Oehlmann

Anhörung zum neuen Erlass „Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 10 der Integrierten Gesamtschule“ – die Meinung der GGG

In der Anhörung befindet sich eine Erneuerung des Erlasses „Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 10 der Integrierten Gesamtschule“. Die neue Fassung hat lange auf sich warten lassen, führt jedoch zu positiven Veränderungen in Bereichen der Leistungsbeurteilung und Fachleistungsdifferenzierung (FLK).

Für die Jahrgänge 7/8 wird die klasseninterne Zuweisung zu Leistungsniveaus in den Fächern Englisch und Mathematik die Regel, eine äußere FLK wird die Ausnahme sein. Die klasseninterne FLK kann auf Beschluss der Schule und mit Genehmigung des Ministeriums für die

Jahrgänge 9/10 beibehalten bleiben. Eine Zuweisung zum jeweiligen Kursniveau erfolgt erst am Ende eines vorangegangenen Schulhalbjahrs.

Für diese Regelungen hat die GGG in Niedersachsen lange gekämpft. Für die Jahrgänge 7/8 wird so die frühere Ausnahme die Regel. Die Öffnung für die Jahrgänge 9/10 bietet einen Rahmen für Differenzierungsmodelle in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften, die in einigen Schulen bereits intern erprobt werden. Schon für die Jahrgänge 7/8 ist dies eine Abkehr von der Abbildung des gegliederten Systems innerhalb der Gesamtschule, und dies kann für die beiden Abschlussjahrgänge künftig ebenso gelten.

„Natürlich“ bleiben die Abschlüsse insgesamt am gegliederten System orientiert. Es gibt keinen „mittleren Abschluss“, und Mindeststandards schon gar nicht.

Als weiteren Erfolg werten wir, dass die Lernentwicklungsberichte als Ersatz von Zensurenzeugnissen in den Jahrgängen 5-7 die Regel werden und diese Berichte auch ab Jahrgang 9 Bestandteil des Zeugnisses sein können, auch wenn hier Zensuren vorgeschrieben sind.

Nicht zufrieden ist der Verband mit der Festschreibung der Regelung, wonach die 2. Fremdsprache im Jahrgang 6 beginnen muss und nur Schulen, die dies jetzt wie bisher ab dem Jahrgang 7 angeboten haben, einen Bestandsschutz genießen.

Die GGG hält den Neubeginn der 2. Fremdsprache im 6.

Jahrgang für verfrüht, vor allem, weil für die beiden Eingangsjahrgänge der gemeinsame Unterricht im Vordergrund stehen soll. Die Entscheidung vieler Gesamtschulen war jedoch leider eine andere. Zum Zeitpunkt der früheren Einführung der 2. Fremdsprache ging es um die Anpassung an einen achtjährigen Bildungsgang zum Abitur an Gymnasien, von dem heute niemand mehr spricht.

Insgesamt sieht die GGG in Niedersachsen jedoch den neuen Erlass als besseren Rahmen für eine Schule des gemeinsamen Lernens.

Aufgabenbeschreibung für eine Funktionsstelle „Inklusion“

Die GGG hat eine Aufgabenbeschreibung für eine Funktionsstelle „Inklusion“ an Gesamtschulen im Ministerium abgegeben. Wir sind gespannt, was das Kultusministerium aus unserer „Formulierungshilfe“ macht.

Zweigliedrigkeit und das Problem der Abschulung

Große Sorgen bereitet die sich ausbreitende Zweigliedrigkeit, zum Beispiel in den Bereichen Hannover und Göttingen, mit den bekannten Problemen der Abschulung von Gymnasien. In Hannover sollen so ab dem nächsten Schuljahr Plätze, die eigentlich für die gymnasiale Oberstufe an Gesamtschulen vorgehalten werden sollen, mit Rückläufern aus Gymnasien in der Sekundarstufe I besetzt werden.

ggg-web.de/ni-service/ni-downloads/category/238?download=1433

Nordrhein-Westfalen

Rainer Dahlhaus

GGG NRW und SLV GE NRW Untersuchung 2020 zu Bildungskarrieren, Schulerfolg und Leistung der Schulformen

Im Jahr 2009 haben GGG NRW und SLV GE NRW im Rahmen einer Untersuchung zu den Schulformempfehlungen der damaligen Abiturient*innen die Fragwürdigkeit solcher Empfehlungen hinsichtlich ihres Prognosewerts nachgewiesen. Vieles hat sich seit 2009 verändert, die Daten werden häufig zitiert und bedürfen einer Aktualisierung.

Anfang 2020 wurden die Gesamtschulen mit der Bitte angeschrieben, die Daten ihrer Abiturienten*innen für eine neue Erhebung zur Verfügung zu stellen. 229 von 345 Gesamtschulen führen derzeit Schüler*innen in der Jahrgangsstufe Q2, die übrigen Schulen sind später gegründet worden und noch im Aufbau. 96 dieser Schulen haben geantwortet. Das entspricht einer Teilnahmequote von 42% aller Abiturienten*innen an Gesamtschulen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Die Grundschulempfehlungen haben keinen prognostischen Wert

Noch deutlicher als im Jahr 2009 zeigt sich im Jahr 2020 der geringe Prognosewert der Grundschulempfehlungen: nur 21% der Abiturient*innen an Gesamtschulen waren am Ende ihrer Klasse 4 als gymnasial-geeignet prognostiziert. 79% der Abiturienten*innen hatten eine andere Prognose und erreichten ihr Abitur entgegen der Empfehlung.

Auffällig sind die gesunkenen Werte für die Hauptschul- und die Gymnasialempfehlung.

	HA	RS	GY
2009	17,8%	52,2%	29,5%
2020	14,8%	64,1%	21,1%

Festzustellen ist eine deutliche Spreizung dieses Mittelwerts beim Vergleich der Gymnasialempfohlenen je nach Standort. Besonders hervorstechend ist mit 13,9% die niedrige Quote der Gymnasialempfehlungen an sogenannten Brennpunktschulen: hier werden die speziellen Herausforderungen dieser Schulen sowie die hervorragenden Leistungen dieser Schulen bei der Förderung ihrer Schüler*innen besonders deutlich.

Kinder mit Migrationshintergrund werden zusätzlich benachteiligt

Für die Abiturienten*innen des Jahrgangs 2020 mit Migrationshintergrund ergibt sich eine noch deutlichere Fehleinschätzung ihrer Fähigkeiten im 4. Schuljahr. Nur 11% der Abiturienten*innen mit Migrationshintergrund wurde die Prognose GY zuerkannt. Es ist ein großer Erfolg dieser Jugendlichen und der Schulform, wenn 89% trotz „nur“ einer Haupt- oder Realschulempfehlung den letzten Jahrgang der Oberstufe besuchen.

Das System der Abschulung benachteiligt die Schul(form)wechsler*innen aus Gymnasien

Jährlich haben in der Sekundarstufe I 910 Schüler*innen vom Gymnasium zur Gesamtschule gewechselt. Man kann davon ausgehen, dass die überwie-

gende Mehrheit dieser Übergänger abgeschult wurde. Von den 910 Schulformwechslern haben 47% entgegen der Prognose der Gymnasien das Abitur erreicht.

Das Ergebnis wirft ein besonderes Licht auf die Abschulungspraxis der Gymnasien und deren Validität. Eine Kultur des Behaltens wäre ein wichtiger Schritt, um dieser Benachteiligung vieler Schüler*innen vorzubeugen und Fehlentscheidungen möglichst zu vermeiden.

Die vorliegenden Daten und Ergebnisse weisen nach, dass ...

- die Schulformempfehlung als prognostisches Instrument untauglich ist,
- der Übergang von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen sozial selektiv ist und Schüler*innen aus sozial nicht privilegierten Schichten benachteiligt,
- die Zuweisung der Schüler*innen zu verschiedenen Schulformen nach dem 4. Schuljahr zumindest zu früh erfolgt,
- im integrierten Schulsystem vielen Schüler*innen eine erhöhte Bildungsteilhabe ermöglicht wird,
- den integrierten Schulen eine Förderung der Schüler*innen in einem besonderen Maße gelingt,
- Lernen an Gesamtschulen in leistungsheterogenen Lerngruppen leistungsschwächere Schüler*innen stärkt, ohne leistungsstärkere Schüler*innen zu hemmen.

GGG NRW und SLV-GE-NRW empfehlen darum dringend ...

- die Abschaffung der Schulformempfehlungen der Grundschulen,
- die schnellstmögliche Einführung eines schulscharfen Sozialindex, der auf den Merkmalen der die Schulen tatsächlich besuchenden Schüler*innen basiert, als Steuerungselement für die Ressourcenzuweisung an die Schulen und als Grundlage für faire Leistungsvergleiche zwischen den Schulen,
- die Bereitstellung ausgewiesener Ressourcen für die Förderung von Seiteneinsteiger*innen in der SII, beispielsweise im Rahmen eines Ganztagszuschlags wie in der SI,
- ein Abschulungsverbot für Gymnasien und Realschulen in Verbindung mit der rechtlichen Möglichkeit, auch an diesen Schulformen alle Schulabschlüsse der SI zu erreichen,
- die Beteiligung der Gymnasien an der Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben wie Inklusion, Integration und damit eine Angleichung der Anteile an den Standorttypen,
- zur Lösung aller beschriebenen Probleme die Weiterentwicklung des Schulsystems hin zu der einen Schule für alle mit den Klassen 1 bis 13, zum Beispiel durch eine schrittweise Annäherung der Profile aller Schulformen in NRW.

Text der Untersuchung:
[ggg-web.de/
 z-nw-publikationen/1409](http://ggg-web.de/z-nw-publikationen/1409)



Schule³ - Aktion der Sekundarschule Rheinhausen im Einkaufszentrum Forum in Duisburg



Die Initiative Schule³

ist eine Initiative von Gesamtschulen in NRW, die ihre Arbeit an besonders schwierigen Standorten leisten. In ihrem Alltag potenzieren sich die pädagogischen Herausforderungen, denen sie sich stellen, weshalb die Initiative sich für das Logo "Potenz Schule mit dem Exponenten 3" entschied.

Die Schulen wollen sich nicht damit abfinden, dass sie weder vom Land NRW noch oft von ihren Schulträgern, den Städten und Gemeinden die personelle und materielle Unterstützung bekommen, die sie für ihre schwere Arbeit benötigen. Drei Charakteristika machen die Schulen des Verbundes aus:

Sie sind bunt – wie ihre Schülerschaft und die Herausforderungen, die sich daraus ergeben.

Sie sind solidarisch – im Zusammenschluss mit den anderen betroffenen Schulen in dieser Initiative.



Schleswig-Holstein

Dieter Zielinski

GGG-SH auch in Zeiten der Pandemie aktiv

In Schleswig-Holstein dominierte die Pandemie und deren Auswirkungen auf Schule und Unterricht in den letzten Monaten das Geschehen im Bildungsbereich. Andere wichtige Themen, wie zum Beispiel die beabsichtigte Novellierung der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung mit Konsequenzen für die weitere Gestaltung der Inklusion in SH, wurden zurückgestellt.

Der Landesvorstand der GGG hat sich mit Presseinformationen (s. www.ggg-web.de/sh-aktuell) und Posts auf seinem Facebook-Account intensiv in die öffentliche Debatte eingeschaltet. Unsere wesentlichen Anliegen bestanden darin, dass für einen optimalen Schutz aller Betroffenen gesorgt ist, dass besonders die Bildungsbenachteiligten in den Blick genommen und unterstützt werden und dass eine hinreichende Partizipation von Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern sowie Schüler*innen erfolgt, bevor Entscheidungen getroffen werden. Rückblickend müssen wir feststellen, dass auch nach einem Gespräch mit der Bildungsministerin Karin Prien (CDU) im Juni dieses Jahres, das in offener und freundlicher Atmosphäre stattfand, unsere Anliegen nur unzureichend berücksichtigt wurden und die Orientierungen mit falschem Primat erfolgten.

GGG-SH widerspricht Interpretation der Ergebnisse der IQB-Bildungstrends

Die negativen Ergebnisse der IQB-Bildungstrends für Schles-

wig-Holstein im Fach Mathematik und den Naturwissenschaften, die Ende 2019 publiziert wurden, sorgten im Land für heftige Schlagzeilen. Als mögliche Ursachen dafür wurden auch von der Ministerin der integrierte naturwissenschaftliche Unterricht sowie die Binnendifferenzierung an Gemeinschaftsschulen öffentlich an den Pranger und infrage gestellt. In dem Gespräch mit der Ministerin bot sie uns jetzt an, die Ergebnisse, deren Ursachen und gegebenenfalls daraus zu ziehende Konsequenzen in einer Klausurtagung gemeinsam mit ihren Expert*innen zu erörtern.

Videokonferenzen und Neuwahlen – was kommt danach?

Auch der Landesvorstand hat sich in seiner Arbeit pandemiebedingt umstellen müssen. Wir haben gelernt, Vorstandssitzungen als Videokonferenzen durchzuführen, und Gefallen daran gefunden. Präsenzsitzungen werden weiter wichtig bleiben, können in Zukunft aber reduziert werden. Einige der von uns geplanten Veranstaltungen für 2020, unter anderen unser jährlicher Elternkongress sowie die Fortbildung für Schulleiterinnen und Schulleiter an Gemeinschaftsschulen, mussten wir früh absagen. Durchführen wollen wir neben einer bildungspolitischen Runde noch eine für Oktober terminierte Mitgliederversammlung, in der ein neuer Landesvorstand gewählt werden soll. Dieter Zielinski wechselt in den Bundesvorstand. Erfreulich, dass wir mit Christa von Rein bereits eine Nachfolge-Kandidatin für ihn gefunden haben.

ggg-web.de/sh-service/sh-downloads/category/242?download=1435

Nicht nur im Verbund sind sie stark, die Schulen, die sich hier zusammengeschlossen haben. Sie sind stolz auf ihre Stärke, die es ihnen erlaubt, an ihren Standorten – wenn auch inzwischen an den Grenzen ihrer Möglichkeiten, gute Arbeit zu leisten.

Sie haben beschlossen, durch den Zusammenschluss unter dem Dach der GGG NRW auch ihre politische Stärke auf- und auszubauen, denn so geht es aus Sicht dieser Schulen nicht weiter.

Die Initiative stellt Forderungen, hat Vorstellungen dazu, was deren Umsetzung kosten würde, und führt seit einem Jahr regelmäßig Aktionen durch, um den Forderungen Aufmerksamkeit zu sichern.

Weitere Informationen zur Initiative:

ggg-web.de/nw-schule-hoch-drei

ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/75?download=1434

Der vertröstete Jahrgang –

Corona-Abschluss ohne Rücksicht auf Verluste?

Schleswig-Holstein

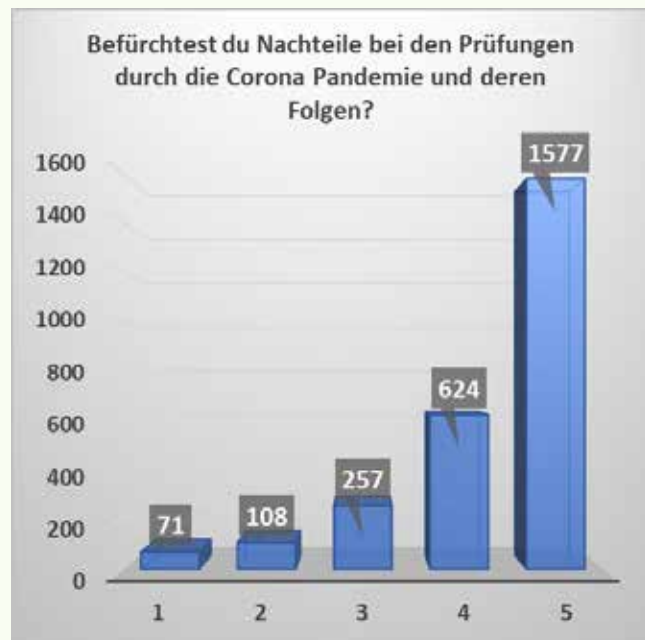
Thorsten Muschinski

Eltern wegen Prüfungen verunsichert

Der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein (LEB) hat in einer landesweiten Umfrage ein Meinungsbild unter den Eltern von Schülerinnen und Schülern (SuS) eingeholt, die in diesem Jahr ihren Abschluss machen sollen beziehungsweise hätten machen sollen. Das Ergebnis zeigt auf dramatische Weise, wie groß die Verunsicherungen und Ängste der Eltern sind, dass den SuS erhebliche Nachteile durch die Corona-Pandemie entstehen. Dies wird auch dadurch deutlich, dass sich innerhalb weniger Tage über 2.600 Eltern von Prüfungs-SuS an der Umfrage beteiligten.

Massive Ungleichbehandlung der Schulen

Natürlich musste der Kontaktunterricht aufgrund der aktuellen Krise zwingend eingeschränkt werden und wird sicherlich auch noch weiterhin eingeschränkt bleiben. Aber hierin sehen 75% aller Eltern ein großes bis sehr großes Problem durch den fehlenden Kontakt zu den Lehrkräften. Dies zeigt sich ebenso darin, dass über 85% der Eltern bei den Prüfungen große / sehr große Nachteile durch die Pandemie befürchten. Wegen der sehr unterschiedlich weit fortgeschrittenen Digitalisierung in den Schulen werden die SuS massiv ungleich behandelt. Während an



1 -> keine Nachteile / 5 -> große Nachteile



einigen Schulen auf digitalem Wege nahezu „echter“ Unterricht stattfindet, werden an anderen Schulen Arbeitsblätter per Post versandt oder Leseempfehlungen ausgesprochen. Dies macht nach aktuellem Stand einheitliche und vergleichbare Prüfungen unmöglich, was auch Meinung der Eltern ist, die mit 63% die Prüfungen unter den aktuellen Bedingungen für nicht machbar halten und mit über 40% für die Absage der Prüfungen votieren. Dem etwas ungeschickt vorgebrachten Vorstoß der Bildungsministerin Karin Prien zur Absage der Prüfungen hätten neben dem Landeselternbeirat fast 80% der Eltern zugestimmt. Hierbei wäre ein anderer Weg sicherlich zielführender gewesen und hätte zudem eine gewisse Aussicht auf Erfolg gehabt.

Unterschiedliche Bewertung der Info-Politik des Bildungsministeriums

Den Vorwurf vieler Eltern, vom Bildungsministerium nicht schnell genug und ausreichend informiert worden zu sein, sowie die Unzufriedenheit mit den Entscheidungen des Ministerium können wir nur bedingt teilen. Im Gegenteil kann festgestellt werden, dass in dieser Ausnahmesituation das Bildungsministerium sowie die gesamte Landesregierung ruhig, besonnen und angemessen reagiert und neue Informationen zeitnah veröffentlicht haben. Es darf hierbei nicht vergessen werden, dass insbesondere in der Anfangszeit der Pandemie nahezu stündlich neue Informationen und Fakten bekannt wurden, auf die es zu reagieren galt.

Mangel an Kooperation

Dennoch ist es bedauerlich, dass die Elternvertreter in dieser auch für uns schweren Zeit lediglich als Informationsempfänger verstanden wurden und nicht als Partner, mit denen auf Augenhöhe zusammengearbeitet wird, obwohl das Angebot hierfür gemacht wurde. So werden in anderen Bundesländern die Elternvertretungen aktiv in die Beratungen und Entscheidungen mit einbezogen, gemeinsame Erklärungen und Informationen herausgegeben und man versteht sich dort als ein Team, das zusammenarbeitet. Wir hoffen, das Ministerium wird das Meinungsbild der Eltern in seine weiteren Entscheidungen einfließen lassen, um das Vertrauen zu stärken, dass im besten Sinne unserer Kinder gehandelt wird.



1 -> nicht zufrieden / 5 -> zufrieden



© Alle Grafiken: Thorsten Muschinski

1 -> keine Beeinflussung / 5 -> stärkste Beeinflussung

ggg-web.de/sh-service/sh-downloads/category/242?download=1437